

„Glienicke 2.0“ – Zur weiteren Entwicklung der fachwissenschaftlichen Community

Bernhard Frevel

1 Einführung

Ein wesentlicher Erfolg der Glienicker Gespräche ist die Institutionalisierung des Diskurses über die Ausbildung und Forschung an den Verwaltungshochschulen bzw. den Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes (FHöD). Diese Gespräche haben sich in den nun 25 Tagungen seit 1987 zu dem zentralen Forum entwickelt, in dem die Verwaltungshochschulen ihre spezifischen Probleme, aber auch Leistungen, ihre besonderen Arbeitsbedingungen als „interne Hochschulen“ und ihr Selbstbild reflektieren und diskutieren konnten. Impulse für die Weiterentwicklungen wurden in „Glienicke“ gesetzt und vielfältige Ideen gewälzt, wie denn diese „Internen“ Anschluss an die allgemeine Hochschulentwicklung halten könnten (obwohl manche Innenministerien durchaus hinterfragten, ob dies überhaupt nötig sei). Dank „Glienicke“ war es jedoch möglich, die in Größe, Struktur, Anspruch und Leistungsfähigkeit sehr heterogenen Verwaltungshochschulen bis zu einem gewissen Grad zusammenzuhalten, ihnen Gelegenheit zur wechselseitigen Verständigung und „moralischen“ Stütze zu geben, wenn ihnen der Wind einmal stärker um die Ohren wehte. Insofern gebührt den Veranstaltenden ein herzlicher Dank für die bisherige Arbeit und eine Gratulation zur 25. Tagung.

Der Blick auf die bisherigen Aktivitäten zeigt, dass sich die Glienicker Gespräche auf die hochschulpolitischen Fragen der Verwaltungshochschulen konzentrierten und sich z.B. mit Fragen von Studierendenrekrutierung, Studienreformen oder der Eigenständigkeit der FHöD befassten. Grundfragen der Forschung und Lehre standen regelmäßig auf der Tagesordnung. Die Anforderungen des Wissenschaftsrates oder die Konsequenzen des Bologna-Prozesses wurden diskutiert. Auch war das Spannungs- und Beziehungsverhältnis der Hochschulen zu den Ausbildungsbehörden immer wieder Gegenstand. *„Wie und unter welchen Bedingungen kann eine zeitgemäße Hochschulbildung für die öffentliche Verwaltung gestaltet werden?“* lautet die Glienicker Grundfrage.

Mit dieser Frage wurden in den vielen Jahren durchaus viele Dozentinnen und Dozenten, Professorinnen und Professoren, Rektoren und Präsidenten (und wenige weibliche Trägerinnen dieser Ämter), Vertreter der Ministerien sowie gelegentlich der Ausbildungsbehörden und kommunalen Spitzenverbände zusam-

mengeführt. Die Debatte um Hochschulstrukturen und Hochschulpolitik fand intensiv, vielseitig und prominent statt.

Doch gelang es dabei auch, die verwaltungswissenschaftliche *Scientific Community* zu fördern und zusammenzuführen? Blieb nicht die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung um die Verwaltung dabei im Hintergrund, wobei sowohl die einzel- als auch die interdisziplinäre Dimension gemeint sind?

Verwaltungswirtschaftliche bzw. verwaltungswissenschaftliche Diskussionen zu den Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung in Zeiten von veränderter Steuerung, gesellschaftlichen Umbrüchen, politischen Verschiebungen, demografischem Wandel u.a.m. wurden bei den Glienicker Gesprächen eher selten bzw. vornehmlich als Einflussvariablen der Hochschuldiskussion aufgegriffen.

Diese Feststellung gilt nun nicht als Kritik am bestehenden Konzept und der bisherigen Leistung, sondern mehr als Anregung darüber nachzudenken, wie denn diese Diskussion geführt werden kann.

2 Die verwaltungswissenschaftliche Community – eine Schimäre?

Wie auch in anderen Bereichen¹ wird bezüglich der Verwaltung mitunter trefflich diskutiert, ob es denn nun „Verwaltungswissenschaft“ oder „Verwaltungswissenschaften“ heißen müsse. Sprechen sich die einen dafür aus, mit der Verwaltungswissenschaft eine eigenständige Disziplin zu entwickeln, meinen andere (ebenfalls im Singular) mit Verwaltungswissenschaft die politikwissenschaftliche Betrachtung der Verwaltung (vgl. Bogumil/Jann 2009, S. 39), während die Dritten lieber von den Verwaltungswissenschaften als multi- bzw. interdisziplinärem Feld von auf die Verwaltung bezogenen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sprechen (Ziekow 2003). Thorsten Franz (2013) bevorzugt wiederum in seinem jüngsten Lehrbuch Verwaltungswissenschaft den Singular, meint jedoch die Multidisziplinarität und differenziert dabei Verwaltungsgeschichte, Verwaltungspolitik, Verwaltungsrecht, Verwaltungsökonomie, Verwaltungssoziologie, Verwaltungspsychologie, Verwaltungskommunikation und -kultur, Verwaltungsevaluation und -reform.

Ohne nun in das Für und Wider des Namensstreits einsteigen zu wollen und dabei den aktuellen Stand der Verwaltungswissenschaften oder die künftige Perspektive der Verwaltungswissenschaft zu diskutieren, wäre aber doch die Frage zu stellen, ob es denn eine *Scientific Community* der Verwaltungswissenschaftler und -forscher in Deutschland gibt und ob die Lehrenden an Verwaltungshochschulen hierzu gehören.

1 Besonders deutlich ist dies in einem anderen Arbeitsbereich der FHöD, wo die Diskussion über die Polizeiwissenschaft bzw. Polizeiwissenschaften geführt wird.

Nehmen wir einmal an, dass eine junge Wissenschaftlerin ihren ersten Ruf als Dozentin oder Professorin an eine Verwaltungshochschule bekommt, dort ihre Eindrücke von der Vielfältigkeit der Verwaltung und der Berührung der diversen Wissenschaftsdisziplinen sammelt, in Modulprüfungen erlebt, wie andere Fachrichtungen über Verwaltung nachdenken. Gern würde sie sich nun vernetzen, austauschen, Tagungen besuchen, hochschulübergreifende Projekte mit Fachkollegen anstoßen, gemeinschaftlich Lehrbücher verfassen. Interessiert macht sie sich auf die Suche nach der *Community*, wobei sie sowohl bei der eigenen Zunft nach Kolleg/inn/en mit Verwaltungsbezug sucht als auch die *Community* der multi- bzw. interdisziplinären Verwaltungswissenschaft zu finden hofft.

Bei ihrer Internet-gestützten Recherche stößt sie zum Beispiel

- auf die *Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft*, bei der es eine Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“ gibt (www.dvpw.de/gliederung/sektionen/spv.html), deren Mitgliederstruktur jedoch einen eindeutigen Schwerpunkt bei den Universitätsangehörigen hat,
- die zweite Fachorganisation, die *Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft* (www.dgfp.org), nennt aber keine einschlägige Fachgruppe und keinen Arbeitskreis auf ihrer Verbandshomepage.
- Der *Berufsverband deutscher Soziologinnen und Soziologen* (www.bds-soz.de/content/view/528/225) unterhält eine Fachgruppe Verwaltung, die bisher vier Tagungen organisierte,
- während die *Deutsche Gesellschaft für Soziologie* (www.sociologie.de) bei der Suche nach „Verwaltung“ eine Fehlanzeige gibt.
- Der *Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen* (www.bdp-verband.org) nennt keine Verwaltungsarbeitsgruppe und keine Sektion.
- Zwar hat der *Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte* (www.bdvb.de) keine passende Untergliederung,
- doch gibt es eine Wissenschaftliche Kommission Öffentliche Betriebswirtschaftslehre beim *Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft* (<http://oebwl.vhbonline.org/>) – allerdings ist von den 20 genannten Mitgliedern keiner aus dem FHöD-Bereich, sondern alle sind Uni-Leute.
- Juristen sind nicht so sehr in Berufsverbänden organisiert, so dass die Verbandsszene zersplittert wirkt. Der *Deutsche Juristentag* (www.djt.de) befasst sich wohl mit Themen, die für die Verwaltungswissenschaft interessant sind, aber doch nicht passgenau sind. Und auch die *Wirtschaftsjuristische Hochschulvereinigung* (www.wirtschaftsrecht-fh.de) oder die *Vereinigung der Hochschullehrer für Wirtschaftsrecht* adressieren nicht die Verwaltungshochschulen.

Etwas ernüchtert wird nun die Suche auf die nicht disziplinär ausgerichtete Verwaltungswissenschaft ausgeweitet.

- Die „*Glienicker Gespräche*“ (www.hwr-berlin.de/fachbereich-allgemeine-verwaltung/profil/glienicker-gespraech) fallen auf, allerdings (wie beschrieben) mit einem Hochschulstruktur- bzw. -politik-Bias.
- Die *Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften* (www.deutschesektion-iias.de) wird entdeckt, aber so richtig klug wird man auf der Homepage auch nicht und es werden auch keine FHöD-Fragen angesprochen.
- Der *Behörden-Spiegel* (www.behoerden-spiegel.de) greift noch relevante Themen auf, bedient aber auch nicht die Fragen, die eine vernetzungswillige Hochschullehrerin umtreibt.
- Die Internetseite der *Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst* (www.hoed.de) hilft auch nicht weiter.

Schon nicht mehr ganz so glücklich führt die Internet-Recherche die junge Kollegin auf diverse Seiten von Universitäten und natürlich auch der Verwaltungshochschulen, doch wird schnell deutlich, dass die Universitäten mit Verwaltungswirtschaft und Verwaltungswissenschaft wohl etwas anderes meinen, als sie braucht, und dass die FHöD miteinander kaum etwas zu tun haben.

Ein vierter Ansatz der Suche geht über die Recherche von Verlagen mit einschlägigen Buchreihen und Zeitschriften.² Hier finden sich schon einige Hinweise auf eine Art Gemeinschaft bzw. Szene. *edition sigma* pflegt z.B. die Reihen „*E-Government und die Erneuerung des öffentlichen Sektors*“ sowie „*Modernisierung des öffentlichen Sektors*“. *Nomos* bietet diverse Buchreihen, Einzelpublikationen sowie einschlägige Zeitschriften zu einzelnen Rechtsgebieten und zu den verwaltungsrelevanten Sozialwissenschaften. Einen interdisziplinären Ansatz verfolgt beispielsweise „*Verwaltung & Management (VM) – Zeitschrift für moderne Verwaltung*“. Der *Kohlhammer Verlag* hat recht viel, *Heymanns* ist zu nennen, *Boorberg* fällt auf, selbstverständlich *Beck*, *Springer* und noch einige weitere. Recht jung und mit einem Schwerpunkt bei Verwaltungshochschulen ist der *Verlag für Verwaltungswissenschaft* angetreten.

Bücher und Zeitschriften gibt es also, Autorinnen und Autoren demnach auch – aber wo ist die *Community*?

3 Diskrepanz von Bedürfnis, Bedarf und Angebot

Was bedeutet das doch recht ernüchternde Suchergebnis der Hochschullehrerin? Wie lässt sich interpretieren, dass es zwar ein immer hochgehaltenes Bemühen um die Etablierung einer eigenen Wissenschaftsdisziplin „Verwaltungswissen-

2 Die Liste ist ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit und folgt auch keiner Wertung und Priorisierung. Wer nicht aufgeführt ist, möge dies bitte entschuldigen.

schaft“ gibt, aber die *Community* mit Lehrenden an Verwaltungshochschulen nicht sichtbar ist?

Vielleicht ist das Vernetzungsbedürfnis der Lehrenden an Verwaltungshochschulen gering. Unter dem Druck hoher Lehrverpflichtung, begrenzter Forschungsmöglichkeiten, viel hochschulischem Einzelkämpfertum sowie einem vielfach eingeschränkten Spaß, mit anderen Fachdisziplinen zu interagieren, sind die Kapazitäten und der Lustfaktor überschaubar.

Zufriedenstellend kann diese These jedoch nicht sein. Sowohl durch die Strukturen der Verwaltungshochschulen als auch wegen der steigenden Beratungs- und Forschungsnachfrage der öffentlichen Verwaltung als Bedarfsträger der FHöD wären doch die Voraussetzungen und Anforderungen eindeutig gegeben:

- Quer durch alle Verwaltungsbereiche zieht sich beispielsweise das Phänomen des demografischen Wandels. Angefangen bei den wachsenden Pensionslasten und den Herausforderungen Nachwuchs für die Verwaltung zu rekrutieren, über die sich verändernden Anforderungen im Bereich der kommunalen Infrastruktur (u.a. ÖPNV, Sozialeinrichtungen), die Veränderungen bei den Sozialleistungen (z.B. Altersarmut und Grundsicherung) bis hin zu den notwendigen Planungsaufgaben für Hoch- und Tiefbau. Zudem sind Wirtschaftsförderung und die Bewältigung von schrumpfenden Gemeinden (z.B. in Ostdeutschland aber auch dem Ruhrgebiet) bzw. wachsenden Städten (Hamburg, München, Berlin) zu bedenken.
- Wiederum für alle Verwaltungsbereiche wird die Diskussion über die Wirkungen der Schuldenbremse relevant und brisant. Fragen der Aufgabenkritik, des Outsourcing, von Public-Private-Partnerships werden sich immer drängender stellen.
- Ausbildung und Personalwirtschaft, Gestaltung von Städtekonkurrenzen, interkommunale und interregionale Kooperationen sind weitere Problemfelder.
- Immer stärker werden die Debatten über die Effektivität und Effizienz der Verwaltung, die sich jedoch nicht allein auf wirtschaftliche Dimensionen beschränken, sondern sehr eng mit Fragen von bürgerschaftlicher Legitimität verbunden sind.

Wo findet die hierauf bezogene verwaltungswirtschaftliche und verwaltungswissenschaftliche Diskussion statt? Wo begegnen sich die Forscher der verschiedenen Disziplinen, die hierzu etwas sagen können? Wo wird der Beitrag der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung sichtbar?

4 Ein Blick über die Fachgrenze

Ein ähnlich düsteres Bild zeigte sich – und besteht noch heute partiell – im Bereich der Polizeiforschung. Hier ist die Lage noch prekärer, da im Gegensatz zu der Verwaltungswissenschaft diese noch schwächer an Universitäten vertreten ist und sich auf interne Hochschulen konzentriert.³

Ende der 1990er Jahre entwickelte sich aus einer ersten Tagung, bei der die Lage der Polizeiforschung und -wissenschaft „vermessen“ wurde, der Arbeitskreis Empirische Polizeiforschung (www.empirische-polizeiforschung.de), der es sich zur Aufgabe machte, Fragen zu Strukturen, Aufgaben und Handlungsbedingungen der Polizei aufzugreifen, der wissenschaftlichen Analyse zuzuführen und im Dialog mit der Polizeipraxis zu diskutieren.

Getragen wird der Arbeitskreis im Wesentlichen von einem kleinen Team von Polizei-Hochschullehrern, die ähnlich wie die oben beispielhaft benannte Kollegin der Verwaltungshochschule den Austausch und die Kooperation suchten.

Das Kerngeschäft des Arbeitskreises sind jährliche, an unterschiedlichen Orten stattfindende Fachtagungen. Nach einem Call for Papers, der über die Homepage des Arbeitskreises, über einen E-Mail-Verteiler sowie die Bekanntgabe in Newslettern und Fachzeitschriften verteilt wird, werden die eingesandten Vortragsvorschläge gesichtet, in ihrer wissenschaftlichen Qualität geprüft, nach Themenfeldern systematisiert und hinsichtlich ihrer Programmeignung eingeordnet. Das so entstehende Programm wird innerhalb des Organisationsteams abgestimmt und mit einem Anmeldeformular veröffentlicht, wobei ähnliche Verteiler wie schon beim Call for Papers genutzt werden.

Die Veranstaltungen werden zum Selbstkostenpreis in Kooperation des Arbeitskreises mit z.B. Polizei-Hochschulen oder den Landespolizeipräsidien angeboten und durchgeführt. Beginnend in der Regel an einem Donnerstag Mittag und bis Samstag Mittag dauernd, werden meist ca. elf bis zwölf Referate gehalten und mit den Teilnehmenden diskutiert. Getaktet mit dem Muster „halbe Stunde Vortrag – halbe Stunde Diskussion – halbe Stunde Pause“ wird sowohl ein intensives Arbeitsklima geschaffen als auch hinreichend Zeit und Raum für die Netzwerkarbeit, für die Pflege des kollegialen Kontakts und der Entwicklung neuer Ideen eingeräumt. Die Abende der Tagung sind z.B. mit kleinen Exkursionen, Stadtführungen und gemeinsamen Essen als Begleitprogramm gestaltet.

Über die Jahre hinweg ist zu beobachten,

- dass sich die Gemeinschaft der Polizeiforscher/innen von Fachhochschulen, Universitäten und wissenschaftlichen Instituten entwickelte und etablierte,

3 Die universitäre Verwaltungswissenschaft ist aber auch nicht besonders breit gestreut. Sichtbar sind vor allem die Universitäten in Bochum, Friedrichshafen, Hagen, Konstanz, Potsdam und natürlich die Spezial-Uni in Speyer.

- die polizeiwissenschaftlichen Fragestellungen erweitert und konkretisiert wurden,
- der Theorie-Praxis-Dialog sich entwickelte und alte Abgrenzungen und Abneigungen überwunden wurden und dass
- die wissenschaftliche Qualität der Beiträge kontinuierlich zunahm.

Die Tagungen bieten Raum für die Vorträge etablierter Forscher*innen aber auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs, abgeschlossene Projekte werden ebenso präsentiert wie „work-in-progress“, so dass z.B. Doktorand*innen und Doktoranden Nachfragemöglichkeiten haben, methodische und theoretische Fragen mit Kollegen und Kolleginnen diskutieren können und Anregungen für die weitere Gestaltung bekommen. Die Mitwirkung ist auch für Personen aus der Polizeipraxis möglich. Sie können in die Transfer-Diskussionen einsteigen und/oder als „reflektierte Praktiker*innen“ in den Wissenschaftsdialog eintreten.

Themen der Tagungen waren z.B.

- Leitbilder der Polizei,
- Fehler- und Lernkultur in der Polizei,
- Demografischer Wandel,
- Wirkungen von Europäisierung und Globalisierung,
- Konzepte polizeilichen Handelns,
- Organisationskultur und Organisationsreform,
- Evaluation in der Polizei,
- Berufsbild und Professionalität.

Alle Tagungsbeiträge werden in den „Schriften zur Empirischen Polizeiforschung“ beim Verlag für Polizeiwissenschaft (www.polizeiwissenschaft.de) dokumentiert und so in die weitere polizeiwissenschaftliche Debatte zitierfähig eingespeist.

Neben diesem Tagungskerngeschäft sind aus dem Arbeitskreis Fachbücher sowie Lehrbücher für die (sozialwissenschaftliche) Polizeiausbildung entstanden, Themenhefte und Online-Dossiers für die Bundeszentrale für politische Bildung hervorgegangen und auch gemeinsame Forschungsprojekte mit Drittmittelförderung gewachsen.

So entstand in nun eineinhalb Jahrzehnten eine polizeiwissenschaftliche *Community*, die sich weiter vernetzt, neue Akzente setzt und dabei auch die polizeipolitische Diskussion beeinflusst.

5 „Glienicke 2.0“

Die meines Erachtens sehr positiven Effekte, die durch den Arbeitskreis Empirische Polizeiforschung bei der Gemeinschaft der Polizeiwissenschaftler ausgelöst

wurden, könnten eine Anregung oder auch ein Muster sein für die Bemühungen, die *Scientific Community* der Verwaltungswissenschaftler und Verwaltungswissenschaftlerinnen zu entwickeln. Wichtig wäre es dabei, die speziellen Möglichkeiten und Bedingungen der Wissenschaft an Verwaltungshochschulen zu beachten. Die schon institutionell angelegte Interdisziplinarität, die Nähe zur Verwaltungspraxis, die besondere Sensibilität für Probleme der Verwaltung und die anwendungsorientierte Gestaltung der Wissenschaftsarbeit sind „Pfund“, mit denen gewuchert werden kann.“ Hier können die Verwaltungshochschulen Beiträge zur Verwaltungswissenschaft liefern, die universitäre Forschung häufig nicht oder nur schwer leisten kann. Hier sollten sich die FHöD nicht verstecken und neidisch auf die Forschungsbedingungen von Universitäten schielen, sondern sie können selbstbewusst auftreten.

Es bedarf

- der Vernetzung einiger Hochschullehrender, die Initialarbeit übernehmen, ein Thema benennen und einen Call for Papers veröffentlichen,
- einer Grundbereitschaft von Kolleg/inn/en hierauf zu antworten und ihre Gedanken zu präsentieren,
- einer Hochschule, die zumindest für die erste Tagung die notwendige Infrastruktur bereitstellt und gegebenenfalls
- eines Verbandes, wie z.B. der Deutschen Sektion des IIAS, die Paten- und Partnerschaft gewährt.

Dies wäre eine Möglichkeit aus den „Glienicker Gesprächen“ „Glienicke 2.0“ zu formen, den Theorie-Praxis-Diskurs zu stärken und die *Community* zu entwickeln. Es könnten Potenziale gefördert, die Akzeptanz der FHöD-Arbeit gestützt und eine anregende Arbeitsatmosphäre stimuliert werden. – Schädlich wäre das nicht.

Wann bekomme ich den ersten *CfP*?

Quellen

- Bogumil, J./Jann, W. (2009): Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Einführung in die Verwaltungswissenschaft. Wiesbaden
- Franz, Th. (2013): Einführung in die Verwaltungswissenschaft. Wiesbaden
- Ohlemacher, Th. (2012): Der Arbeitskreis „Empirische Polizeiforschung“ – Selbstverständnis, Aktivitäten und inhaltliche Schwerpunkte 1999–2012. In: Polizei & Wissenschaft. Themenheft „Polizei und Forschung“, H. 3, S. 76–77
- Ziekow, J. (2003): Verwaltungswissenschaften und Verwaltungswissenschaft: Forschungssymposium anlässlich der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König. Berlin